

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Gesäßelgasse 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Telefon: Dönhof 2508-2507

Kommunistischer Ueberfall im Reichstag.

Der Demokrat Brodau von einem Kommunisten verlegt.

Dieser Reichstag muß fort. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, die sich mach vollen Szenen von heute morgen haben ihn geliefert. Durch Feilschen und Schachern im Augenblick geschichtlicher Entscheidung hat dieser Reichstag selbst Ansehen und Würde untergraben, die eine Volkvertretung besitzen muß, wenn sie als Trägerin der Souveränität des Volkes, als höchste politische Instanz vor aller Augen gelten soll. Die kommunistische Fraktion, die den Ungeist und das Rowdytum bewußt ins Parlament hineinträgt, hat dem Ansehen und der Würde des Reichstages den letzten Stoß gegeben. Die Kommunisten haben den Reichstag zum Schauplatz einer wüsten Schlägerei gemacht. Dieser Reichstag ist eine Schande für das deutsche Volk. Aber die kommunistische Fraktion ist eine noch größere Schande.

Das war der Vorgang: Der Reichstag lehnte die kommunistischen Anträge ab, die ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten zur Abstimmlung hinzuzuziehen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte für diese Anträge. Der Nationalsozialist Frick beantragte, den Amnestieantrag noch einmal formell auf die Tagesordnung zu setzen, um die Ueberweisung an den Ausschuss zu ermöglichen. Vizepräsident Dittmann erklärte, gegen diesen Antrag könne niemand etwas einwenden haben, wenn sich daran keine Debatte im Plenum knüpfte. Trotzdem erhob Abg. Brodau (Dem.) Widerspruch. Ungeheurer Lärm bei den Nationalsozialisten und Kommunisten war die Folge. Kommunistische Abgeordnete drängen auf Brodau ein, Genosse Peine stellt sich vor Brodau. Der Kommunist Orube, Parteisekretär aus Zwickau, bringt auf ihn ein und erhebt den Arm zum Schlag gegen Brodau. Peine schiebt ihn zurück. Da schlägt der Kommunist Reddermeyer, Parteisekretär aus Bielefeld, wild auf Peine ein.

Am Ru fängt ein großer Teil der kommunistischen Fraktion nach dem Vorbild von Reddermeyer eine wilde Schlägerei an. Die ganze Niedrigkeit der Gesinnung, der Kaschemengeist in der Fraktion offenbart sich. Sie benutzen die Gelegenheit, um, mit Fäusten und anderen Kampfmitteln, über die sozialdemokratischen Abgeordneten herzufallen. Eine wüste Schlägerei entzündet, wie sie Trunkenen, innerlich rohe Elemente in Kaschemmen entseffelt, wenn der Alkohol alle Hemmungen des Anstandes zerbrochen hat. Eine Schmach und Schande ist diese Fraktion aus verrotten und verlotterten Elementen. Die Prügelhelden der Kaschemmen haben noch die Ausrede, daß sie unter der Wirkung des Alkohols handeln, aber diese Fraktion hat mit kaltem Geiste aus innerer Rohheit heraus, diese schmachvolle Szene entseffelt. Noch nach dieser Szene erklärte Herr Swan Kah zynisch, daß Brodau Prügel hätte haben müssen. Sie haben also bewußt eine Prügelzene herbeiführen wollen. Kalter Lynch nennt man bei den Kommunisten diese Methode.

Abg. Brodau liegt erheblich verletzt im Krankenzimmer des Reichstages. Er hat eine ernste Verletzung am rechten Auge davongetragen. Er steht in der Behandlung der sozialdemokratischen Ärztin Frau Stegmann.

Als eine sozialdemokratische Abgeordnete ihrer Empörung über die schändliche Szene in Entrüstungsrufen Luft machte, rief ihr verrotten kommunistisches Gesindel von Abgeordneten zu: Schade, daß Sie nicht auch eins in die Presse bekommen haben!

Ein schmachvolles Bild, dieser Zusammenstoß! Wild schlugen die Kommunisten von oben auf Brodau ein. Die angefallenen sozialdemokratischen Abgeordneten setzten sich energisch zur Wehr und drängten die Kommunisten zurück. Man sah in dem Anlauf von schlagenden und tobenden Abgeordneten, wie ein sozialdemokratischer Abgeordneter sich mit einem Zeitungshalter gegen ihn bedrängende Kommunisten zur Wehr setzte. Stürmische Psuirufe aus dem Hause, von den Pressetribünen, aus dem Publikum. Der Präsident verließ seinen Platz. Die Sitzung war aufgehoben. Dieser Reichstag muß fort!

Es muß abgerechnet werden mit dem Geist des Schachers und der Erpressung, der ein niedriges Ziel mit den Lebensinteressen des ganzen Volkes spielt. Es muß abgerechnet werden mit der gewissenlosen Fraktion der Deutschnationalen und dem völkischen Anhang. Es muß abgerechnet werden mit der Fraktion der inneren Verrotterung und Verrohung, mit der Fraktion der Kommunisten. Diese Fraktion will die geistige Verwirrung der Inflationszeit verlängern, solange dieser Reichstag noch lebt.

Dieser Reichstag muß fort! Er ist keine Volkvertretung, er ist ein Tollhaus. Er ist eine Gefahr für die geistige Gesundheit Deutschlands. Er darf keine 24 Stunden mehr am Leben bleiben. Abrechnung mit der gewissenlosen nationalsozialistischen Demagogie, Abrechnung mit kommunistischem Kaschemengeist. Fort mit diesem Reichstag, fort mit dieser Schande Deutschlands!

Präsident Wallraf eröffnet die heutige Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der kommunistische Antrag, der zu der Abstimmlung über das Londoner Abkommen alle ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten zulassen will.

Amlich wird mitgeteilt:

Der Reichskanzler erstattete heute vormittag dem Reichspräsidenten Bericht über die politische Lage, in deren Beurteilung sich völlige Uebereinstimmung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten ergab. Der Reichspräsident erklärte sich mit der Unterzeichnung der Londoner Abmachungen am 30. August einverstanden und stimmte dem Reichskanzler darin zu, daß die Unterzeichnung auch die Verpflichtung zur Ausschöpfung aller parlamentarischen und verfassungsmäßigen Möglichkeiten für die Verabschiedung der zur Durchführung des Gutachtens erforderlichen Maßnahmen in sich schließt. Demgemäß erklärte der Reichspräsident dem Reichskanzler seinen Entschluß, den Reichstag aufzulösen, falls die zu beschließenden Gesetze nicht die erforderliche Mehrheit finden.

Wie Abg. Hampe (Wirtsch. Bgg.) als Berichterstatter mitteilt, hat der Geschäftsausschuss diesen Antrag abgelehnt. Die Kommunisten beantragen nunmehr, wenigstens die ausgeschlossenen Abgeordneten Kemmele und Dr. Schwarz zu der entscheidenden Sitzung zuzulassen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) hält es für notwendig, daß angesichts der großen Bedeutung der bevorstehenden Abstimmung alle Abgeordnete daran teilnehmen müßten. Für den Abg. Kemmele würden die zwanzig Sitzungstage, für die er ausgeschlossen ist, ohnehin am Donnerstag ablaufen.

Abg. Schlem (Komm.) wirft der Mehrheit vor, daß sie die Zulassung der ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten nur verhindern, um auf diese Weise vielleicht noch eine Zweidrittelmehrheit für den Skandovertrag zusammenzubringen. Er wäre damit einverstanden, wenn man die Inhaftierten gefesselt zur Wahlurne in den Saal hineintragen würde. Das wäre ein Symbol für die Abstimmung, die das deutsche Volk jetzt zu vollziehen habe.

Der kommunistische Antrag auf Hinzuziehung der ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt, ebenso der kommunistische Antrag, wenigstens die Abgg. Kemmele und Dr. Schwarz zuzulassen. Der Ausschussantrag wird dann unter lebhaften Psuirufen der Kommunisten angenommen.

Kommunistische Prügelhelden.

Abg. Frid (Nat.-Soz.) beantragt, einen Antrag seiner Fraktion auf Amnestierung der sogenannten politischen Verbrecher dem Reichsausschuss zu überweisen, da durch das Londoner Abkommen die separatistischen Hochverräter im besetzten Gebiet begnadigt würden.

Als Abg. Brodau (Dem.) gegen die Behandlung dieses Antrages Widerspruch erhebt, entleert tobender Lärm bei den Kommunisten und Nationalsozialisten, die erregt aus ihren Bänken rücken und auf den Abg. Brodau eindringen, um den sich seine Freunde schützend sammeln. Der Lärm hält minutenlang an, die Kommunisten drängen mit geballten Fäusten vorwärts. Nur mühsam schafft der Präsident Ruhe.

Auf einmal stürzen die Kommunisten mit geballten Fäusten auf den Abg. Brodau los, der durch die demokratischen Abgeordneten Kotell, Kojich, Dietrich-Baden und andere geschützt wird. Brodau verteidigt sich mit einem zusammengeballten Bündel Zeitungen. Die kommunistischen Abgeordneten häßeln und kochen schlagen mit den Fäusten auf die Demokraten ein. Sozialdemokraten und Zentrumsabgeordnete mischen sich dazwischen. Es entsteht ein ungeheurer Tumult. Es entwickelt sich eine regelrechte Prügelzene, an der sich die meisten kommunistischen Abgeordneten beteiligen.

Die Tribünenbesucher erheben sich spontan von den Plätzen und stoßen Psuirufe aus. Im Hause herrscht eine ungeheure Erregung.

Der Präsident, der vergeblich versucht hat, Ruhe zu schaffen, und mit der Glocke nicht mehr durchgedrungen war, verläßt den Sitzungssaal. Die Sitzung ist damit gesprengt. Die Abgeordneten stehen noch lange in erregten Gruppen zusammen. Der Abg. Brodau wird von seinen Freunden aus dem Saal geführt.

Nach etwa 10 Minuten erscheint Präsident Wallraf wieder auf seinem Platz und eröffnet die Sitzung aufs neue. Er gibt unter lebhafter Zustimmung dem Gesäßel der Empörung über die Vorgänge von vorhin Ausdruck und fügt hinzu: Ich werde diejenigen

Maßnahmen gegen die Schuldigen treffen, die die Geschäftsordnung vorsteht. Der Vizepräsident wird um 2 Uhr zusammengetreten. Ich bitte jetzt in der Verhandlung fortzuführen. Das Wort hat der Abg. Stöcker, dem ich es schon vorher erteilt habe, wenn er nicht darauf verzichtet.

Abg. Stöcker (Komm.): Zu der hier im Hause eben aufgeführten Komödie (Zuruf links: die Ihr gemacht habt!) — Geschrei der Kommunisten) geht es durchaus, daß jetzt auch schon hier auf den Plätzen des Reichsrats ein berüchtigter Polizeispiegel sich aufhält. Seit wann ist das hier erlaubt? (Rufe der Kommunisten nach der Reichsratsrede: Klaus! Klaus!) Die Begleitung von Regierungsvertretern durch Polizeispiegel entspricht nur der Würde dieses Hauses. (Lebhafteste Entrüstungsrufe gegen die Kommunisten.)

Präsident Wallraf stellt fest, daß teurerkeit andere Sicherheitsmaßnahmen im Reichstag getroffen sind, als die schon seit langer Zeit

leider sich als notwendig erwiesen haben; daß diese Maßnahmen nicht überflüssig sind, haben gerade die Vorgänge von vorhin bewiesen. (Lebhafteste Zustimmung der Mehrheit. Gebrüll der Kommunisten.)

Abg. Kah (Komm.): Wie begründet der Hinweis Stöckers war, geht daraus hervor, daß der Spiegel während der Rede Stöckers den Saal verlassen hat. Nachdem Abg. Brodau Widerspruch erhoben hat gegen einen Antrag, mit dem jeder einverstanden sein mußte, der nur einen funkten Zustand und Menschlichkeit hat (stürmische Entrüstungsrufe der Mehrheit, Geschrei der Kommunisten), beantrage ich, noch einmal festzustellen, ob jemand im Saal Widerspruch erhebt.

Präsident Wallraf: Das ist geschäftsordnungsmäßig unzulässig. (Heftige Rufe der Kommunisten gegen den Präsidenten.)

Der Präsident teilt einen inzwischen eingelaufenen Antrag mit, der den Antrag Bredt (Wirtschaftsp.) für verfassungswidrig erklärt und Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag vorschlägt.

In der fortgesetzten

Besprechung des Londoner Vertrags.

spricht dann Abg. Seibert (D. Sp.) für das Eisenbahngesetz, das Abg. Rahl (Natsoz.) bekämpft.

Abg. Lang (Bayr. Sp.) macht keine Bedenken gegen die Uebertragung der Reichsbahnen an eine Gesellschaft geltend.

Reichsverkehrsminister Dezer gibt beruhigende Zusicherungen für die Zukunft der Reichsbahnbeamten ab. Wir werden diese Erklärungen in der Morgenausgabe nachtragen.

Das Eisenbahngesetz wird in zweiter Lesung bei schwach besetztem Hause, da mehrere Fraktionen Sitzungen abhalten, erledigt, die zweite Lesung der Gutachtengesetze beendet, worauf das Haus eine Anzahl kleiner Vorlagen ohne Besprechung in der ersten und zweiten Lesung annimmt.

(Schluß im Morgenblatt.)

Landtag und Londoner Protokoll.

Bei Ablehnung im Reichstag Zusammentritt am 3. September.

Der Vizepräsident des Landtages hat am Dienstag beschlossen, daß im Falle der Ablehnung des Londoner Abkommens durch den Reichstag der Landtag am 3. September zusammentritt. Der Zusammentritt des Landtages soll im Falle der Ablehnung vor allem durch die Eisenbahnfrage bedingt sein. Die deutschnationale Fraktion des Landtages hatte einen Antrag auf sofortige Einberufung des Landtages eingereicht.

Rheinische Landwirtschaftskammer für Annahme.

Bonn, 27. August. (WLB.) Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz hat folgende Entscheidung gefaßt: Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz hat Kenntnis genommen von der Stellungnahme, welche die Vertreter der Landwirtschaftskammer in den Verhandlungen der Vorstände des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete zu der durch die Londoner Abkommen geschaffenen Lage am 22. August eingenommen haben. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer billigt diese Stellungnahme und stimmt einerseits der dort angenommenen Entscheidung zu, da durch eine Ablehnung die Landwirtschaft des besetzten Gebiets aufs schwerste geschädigt und einer Zukunft entgegengetrieben würde, die wirtschaftlich und politisch die schwersten Gefahren in sich birgt und die christliche Landwirtschaft in ihrer Existenzmöglichkeit erschüttern würde. Dabei spricht aber der Vorstand die zuverlässige Erwartung aus, daß es gelingen möge, einen Weg zu finden, die Entscheidung über das Londoner Abkommen im Reichstag auf breiterer Basis durch alle der Landwirtschaft nachstehenden Parteien herbeizuführen, damit auch die Durchführung der notwendigen Gesetze gesichert ist, wobei weitere Befürchtungen für die Landwirtschaft angesichts ihrer Lage als untragbar abzulehnen sind.

Die Konsolidierung der französischen Schuld

Paris, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ soll in maßgebender amerikanischer Finanzkreise ein Projekt der Konsolidierung der französischen Schuld diskutiert werden. Danach soll an dem Tage des Inkrafttretens des Dawes-Planes an die Verzinsung der französischen Schuld, die sich einschließlich der rückständigen Zinsen auf rund 3 1/2 Milliarden Dollar beläuft, auf 5 Jahre unterbrochen werden. Nach Ablauf der Frist soll die Leistungsfähigkeit Deutschlands einer neuen Nachprüfung unterzogen werden, ob es in der Lage sei, über die im Dawes-Plan festgesetzte Jahreszahlung von 2 1/2 Milliarden hinaus eine weitere Last zur Abdeckung der französischen Schuld an Amerika zu übernehmen. Die Verzinsung dieser Schuld soll zunächst mit 2 Proz. beginnen, die Tilgungsquote auf 1 Proz. festgesetzt werden. Die auszubringenden Beträge würden sich danach auf etwa 100 Millionen Dollar im Jahre belaufen um die französische Schuld in ungefähr 70 Jahren getilgt werden.

Vor einem Aufstand in Ost-Polen? Die Lage in den Ostgebieten Polens gilt für gefährdend. Nach amtlichen Ermittlungen muß mit der Möglichkeit eines Aufstandes gerechnet werden. Ein besonderer Ministerrat hat sich mit dieser Frage beschäftigt und militärische Vorbereitungen angeordnet, über die nichts bekanntgegeben wird.

Ludendorff verleumdet.

Der Reichspräsident entwarfnet. — Die Reichsregierung bolschewisiert.

Reichstagsabgeordneter Ludendorff hat in einer deutschvölkischen Versammlung in Königsberg eine Rede gehalten, in der er nach dem Bericht einer Berliner Mittagszeitung wörtlich sagte:

„Solange wir eine Regierung haben, deren Reichspräsident das Heer entwaffnet, dessen Kanzler der Zentrumsparthei angehört, einer Partei, deren klarer Ziel es ist, das Reich zu zerschlagen, ein Malhan bolschewistische Ziele im Schoße der Regierung fördert, und solange ein Stresemann Reichsaußenminister ist, solange ist an deutsche Freiheit nicht zu denken.“

Obwohl bekannt ist, daß die politische Einsicht des Reichstagsabgeordneten Ludendorff den Gesichtskreis eines früheren preußischen Durchschnittsfeldwebels nicht übersteigt, muß man annehmen, daß er an die Wahrheit seiner blöden Behauptungen selbst nicht glaubt, sondern daß er den Reichspräsidenten und die Reichsregierung bewußt verleumdet, um seine Meute gegen sie zu hegen. Vor dem 4. Mai wurde dieses ehrenwerte Gewerbe von denen um Ludendorff mit dem Erfolg in Bayern ausgeübt, daß die Entfremdung zwischen Bayern und dem Reich an die Schwelle des Bürgerkrieges führte. Nach dem Aufstakt in Weimar kann es nicht zweifelhaft sein, daß Reichstagsabgeordneter Ludendorff sein Gewerbe mit seinen Agenten in Norddeutschland fortzusetzen beabsichtigt. Der Reichstagsabgeordnete Ludendorff wird sich täuschen! Preußen ist nicht das Pflaster für sein Nachkriegsgewerbe und er wird, wenn er es darauf anlegt, noch einmal zur blauen Brille greifen müssen.

Zwei Urteile.

Der beleidigte Reichspräsident und der beleidigte General

Der frühere Hauptschriftleiter der inzwischen eingegangenen deutschvölkischen „Großdeutschen Zeitung“, Dr. Tafel, wurde von dem Münchener Schwurgericht am 26. August wegen Beleidigung des Generals v. Seekt zu 1000 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. In der „Großdeutschen Zeitung“ war im November vorigen Jahres ein Dank Seekt's an die Reichswehr mit den Worten apostrophiert worden: „Und da gibt sich ein früherer Monarchist her und spricht diesem zusammengeleiteten Söldnerheer für die Erschießung acht deutscher Leute seinen Dank aus.“

Am 25. August standen vor dem Schöffengericht in Greifswald die Herren v. Rathahn, Graf Hardenberg und Forstlewe Pähold wegen Beleidigung des Reichspräsidenten. Sie hatten im Juli vorigen Jahres öffentlich das „Viel“ geröhrt: „Ein Taler ist mir zu wenig, wir wollen einen König, vor Ebert, diesem Scheißer, präsentieren wir nicht.“ Das Urteil: 100 M. Geldstrafe für den Grafen Hardenberg, 75 M. Geldstrafe für Herrn v. Rathahn, Freispruch für den Forstlewen, der behauptete, gefungen zu haben „für 25 Pfennige präsentieren wir nicht“, obwohl die Zeugen, zwei Schupobeamte aus Berlin, das Gegenteil feststellten.

Die beiden Fälle sind sehr reich. Vor dem Novemberputz wummelte es in der deutschvölkischen Presse Bayerns von Beleidigungen, Verleumdungen und Herabsetzungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, ohne daß den Verleumdern und Ehrabschneidern ein Haar gekrümmt wurde. Im Gegenteil, die Herrschaften, die sich in dieser Weise vergingen, erfreuten sich der besonderen Gunst hoher und höchster Stellen. Dr. Tafel ist heute ein erledigter Mann. Er war einer der wenigen Anständigen in der Hitler-Bewegung und hat inzwischen den Dank der Ludendorff-Partei dadurch erfahren, daß man ihn nach Eingehen des Blattes brotlos auf die Straße setzte. Er wird nachträglich wegen Beleidigung des Reichswehrministers zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Bayernsches „Recht“!

In Greifswald stehen die hochvermögenden Herren v. Rathahn und Graf Hardenberg wegen unfähigster Beschimpfung des Reichs-

präsidenten vor Gericht. Sie werden mit einer Geldstrafe abgelassen, die die Kumpane überhaupt nicht an ihrem Geldbeutel spüren dürften. Der dritte Schmutzfall wird freigesprochen, weil er auf die Kuzrede verfaßt, ausgerechnet einen anderen Text gelungen zu haben als die Beurteilten! Die Zeugenaussagen von zwei Schupobeamten gelten nichts! Wenn man sich daran erinnert, wie die Auslagen von Polizeibeamten in Preußen gegen Arbeiter bemerkt werden, hat man auch hier ein Bild von unserer Rechtsprechung.

Das Unrecht bleibt.

Unerhörte Beschlüsse des Rechtsausschusses des Reichstags

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages sollte endlich der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verabschiedet werden, durch den ein Wiederaufnahmeverfahren gegen die Urteile der bayerischen Volksgerichte eingeführt werden sollte. Der Abgeordnete Kempten von der Deutschen Volkspartei beantragte aber Verlegung, weil der Reichstag diese Vorlage jetzt doch nicht mehr verabschieden könne. Vergeblich erhob Genosse Dr. Rosenfeld gegen den Verlegungsantrag Einspruch. Er wies darauf hin, daß die Vorlage bereits den Rechtsausschuss und auch einen Unterausschuss einmal beschäftigt habe, daß der Ausschuss sie fast einstimmig angenommen habe, daß auch im Plenum gegen die Annahme in zweiter Lesung kein Widerspruch erfolgt sei, und daß lediglich der Widerspruch des Abg. Dr. Bredt von der Wirtschaftspartei die sofortige Verabschiedung der Vorlage verhindert habe; die Sache sei längst spruchreif, mit dieser Vorlage würde endlich denen Hilfe gebracht, die infolge der furchtbaren Urteile vieler bayerischer Volksgerichte in Gefängnissen und Zuchthäusern saßen. Es half alles nichts. Gegen die Stimmen unserer Genossen, der Demokraten und Kommunisten wurde die Verlegung beschlossen. Ein Reichstag, der im Ausschuss so verfährt, daß er nicht einmal die einfachsten Gebote der Menschlichkeit beachtet, ist wirklich reif zum Sterben.

Zahlen!

Ein deutschnationaler Rotschrei.

Bei den Deutschnationalen hört der Patriotismus befanntlich da auf, wo der Geldbeutel anfängt. Aber auch bei anderen Gelegenheiten überlassen sie das Zahlen gern den anderen. So findet man in den „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“ für die Kreise Jülichau-Schwibus und Bomst folgenden herzerweichenden Rotschrei:

Schluß?

Dieses Blatt ist ins Leben gerufen worden, um unaufrichtig den werbenden Gedanken für nationale Mitarbeit über Land zu tragen, um immer wieder zu hämmern auf den weichen Erzblock deutscher Seelen, damit endlich stolze Rasse daraus werde. (1) Gerade in der jetzigen Zeit zunehmenden Erwachens aus dem Jrmwahn (?) ist es nötig, daß diese Hämmerarbeit nicht aufhört. Leider ist aber das baldige Ende dieser „Mitteilungen“ zu erwarten, wenn die ausbleibenden Beiträge nun nicht endlich eingehen. 10 Großbesitzer (nicht die Kleinsten), 18 Ortsgruppen (nicht die ärmsten) haben sich trotz vielfacher Bitten nicht ermannen können, der nationalen Arbeit ihre Geldunterstützung zu geben. Den allgemeinen Nutzen unserer Werbetätigkeit streichen sie aber gern kostenlos ein. Nicht der Hinweis auf die Wohlfahrten, nichts hat geholfen. Namen wollen wir nicht veröffentlichen, denn es kann ja niemand gezwungen werden; wen es angeht, der wird es ja selbst wissen. Wenn die für unseren Haushalt bedeutende Summe ausbleibender Beiträge nicht schleunigst eingehet, müssen die „Mitteilungen“ eingestellt werden. Es ist diese Veröffentlichung das letzte Mittel. Kreditnot und Fortleue können als Entschuldigungen nicht mehr angenommen werden. Entweder man will oder man will eben — nicht! Der Vorlesende.

Der deutschnationalen Kreissvorsitzende hat die edle Seele seiner Parteigenossen richtig durchschaut. Den allgemeinen Nutzen aus der Arbeit anderer haben die Deutschnationalen noch immer gern kostenlos eingestekt. Wenn es sich um die Futtertruppe handelt, will man, handelt es sich dagegen darum, Opfer zu bringen, dann will man nicht, selbst wenn die eigene Partei darüber in die Brüche

geht. Das mußte Graf Bestarp nur zu genau, als er sich seinerzeit als Landrat des Kreises Bomst hilflos an die — Juden wandte.

Mexiko und Deutschland.

Eine Unterredung mit Präsident Calles.

Der neu gewählte Präsident von Mexiko, General Calles, empfing einen Vertreter der Telegraphen-Union zu einer Besprechung. „Ich glaube“, so führte General Calles einleitend aus, „daß die Londoner Konferenz einen Erfolg hatte, wie er unter den gegenwärtigen Umständen nicht günstiger sein konnte. Meiner Ansicht nach wird der Dawes-Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau beitragen.“

Befragt über seine Eindrücke von Deutschland und dem deutschen Volke, antwortete der Präsident: „Ich könnte keinen besseren Eindruck von Deutschland haben. Meiner Ansicht nach befindet es sich in einer Periode des vollen Wiederaufbaues, und ich glaube, daß bei der Energie und dem Arbeitseifer des deutschen Volkes die durch den Weltkrieg geschlagenen Wunden bald geheilt sein werden. Seit ich in Hamburg das Institut für tropische Wissenschaften gesehen habe, das Deutschland zur hohen Ehre gereicht um der Vorteile willen, die es den tropischen Ländern gewährt, seit dem Augenblick beschäftige ich mich mit der Frage, einen Kulturaustausch zwischen dem Verten Deutschlands und Mexikos zu schaffen, und nicht nur für die medizinische Wissenschaft, sondern auch für die anderen Fakultäten beabsichtige ich einen Austausch zwischen den beiden Ländern einzurichten, indem ich in den Hospitälern und Universitäten Mexikos Stellen für deutsche Studenten und Wissenschaftler einrichte und, wo man es mir schon angeboten hat, andererseits für Mexikaner ähnliche Plätze in Deutschland erhalte.“

Sinnsächlich der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Mexiko erklärte der Präsident, der mexikanische Markt sowie die Produkte und die natürlichen Schätze des Landes ständen allen Kaufleuten und Kapitalisten zur Verfügung, die geneigt wären, nach Mexiko zu gehen, um wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, und sich dazu verstanden, die Gesetze des Landes zu achten. Wobann wandte sich das Gespräch der inneren Lage Mexikos zu. Der Präsident erklärte, die Lage in Mexiko sei äußerst zufriedenstellend. Es bestehe kein schwieriges politisches Problem, und die gegenwärtige Regierung sowie ich selbst rechne mit der absoluten Mehrheit des Kongresses, der am 12. September die Arbeiten beginnen wird. Die Reaktion ist in Mexiko tot, und die fortschrittlichen und revolutionären Parteien beherrschen vollständig das Land.

Im weiteren Verlauf der Unterredung streifte der Präsident alsdann die mexikanisch-russischen Beziehungen. Befragt, ob in Mexiko besondere russische Einwanderer erwünscht wären, erklärte Präsident Calles: Augenblicklich ist für Mexiko am wünschenswertesten die Einwanderung solcher Leute, die genügend Geld besitzen, um in Mexiko Land zu erwerben, sich landwirtschaftliche Maschinen zu kaufen und sich bis zur Einbringung der ersten Ernte selbst unterhalten können. Wegen der besonderen Bedingungen der mexikanischen Landwirtschaft ist eine Einwanderung europäischer Landbevölkerung, die bei uns als Landarbeiter tätig sein will, nicht wünschenswert. Ich beabsichtige, ein Einwanderungs- und Kolonisationsamt einzurichten, das den deutschen und russischen Kolonialisten jede mögliche Erleichterung gewähren soll.

Deutschvölkische Zinsbrecher.

In Theorie und Praxis.

„Deutsch Denkenden und deutsch Fühlenden arischen Stammes“ empfiehlt sich im „Deutschen Tageblatt“ eine deutschvölkische Bank, um durch deutsches Geld den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu betreiben. Sie scheint aber von dem Idealismus der Völkischen nicht viel zu halten, denn sie bietet wie die „Juden“-banken auch für tägliches Geld 12 Proz., bei einmonatlicher Kündigung sogar 15—20 Proz. und mehr Verzinsung. Wo bleibt da der Kampf um die „Brechung der Zinsnechenschaft“, der von den völkischen Theoretikern in Wort und Schrift so eifrig gefordert wird? Theorie und Praxis scheinen bei den Deutschvölkischen zweierlei zu sein.

Abkaffung der Todesstrafe in Australien. Wie die Agentur „Journal“ aus Victoria meldet, hat die australische Regierung die Todesstrafe abgeschafft.

Vom Volkslied zum Gassenhauer.

Von Hans Bremer.

Hinaus in Feld und Wald zieht es den erholungsbedürftigen Großstädter, und in der schönen Natur erwacht auch die Lust zu frühlichem Gesang. Die paar Lieder, die ihm aus der Schulzeit noch im Gedächtnis sind, werden mehr laut als schön, jedoch recht gefühlvoll gefungen. Doch schon bei dem zweiten oder dritten Vers ist der Text des Liedes so ziemlich aus dem Gedächtnis verschwunden. Ist kein Wiederbuch zur Hand, summt man die Melodie noch ein Weilchen, fängt ein anderes Lied an, um zu demselben Ergebnis zu kommen. Das wiederholt sich in jedem Jahre, und nur selten wird das Gedächtnis aufgefrischt. Das Volkslied verstummt mehr und mehr. — Wie erklärt sich das? Aus jedem Volksliedbuch läßt sich die Ursache leicht feststellen. Der weitest gehende Teil unserer Lieder entstammt einer Zeitepoche, in der Deutschland noch reiner Agrarstaat war und die Bevölkerung mit der Natur noch in ständlichem Zusammenhang lebte. Das Lied selbst verkörperte ein vom Dichter empfundenes Erlebnis. Dieses Erlebnis war dem im Häusermeer der Großstadt lebenden Menschen fremd geworden, und erst in den kurzen Stunden der Rückkehr zur Natur werden des Dichters Gedanken wieder bekehrt, und ebenso schnell im Hosten und Jagen des städtischen Lebens zu verfliegen. Ueberhaupt ist mit der fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands die Zahl der gangbaren Volksliedgedichte auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Der harte Kampf ums Dasein nahm dem Volke die Poesie, entriß dem Dichter das Erlebnis. Wie eng aber das Erlebnis mit der Sangesfreude verbunden war, beweisen die Studenten-, Wander-, Turner- usw. Lieder, die ein immer wieder neu empfundenes Erlebnis besingen.

Wie poesielos unser Zeitalter ist, läßt sich auch aus der Kriegszeit nachweisen. — Aus allen Kriegen, die die Menschheit zerstückelten, brachten die Soldaten ihre Lieder mit. Von den Landsknechten des Wärsährigen Krieges, von den Kampfgesängen der sogenannten Befreiungskriege bis zum „Gedämpften Trommelfang“ und „Ach hat einen Kameraden“ der Bismarck'schen Kriege. Alle diese Lieder stehen trotz aller Kriegsgewalt noch auf persönliche Erlebnisse schließen. Jedoch der Materialkrieg über und unter der Erde mit seinem grauenhaften Massenmorden, den wir miterleben mußten, ließ keine Erlebnisse aufkommen, die in Liedern verherrlicht werden konnten. Doch, um bei der Wahrheit zu bleiben, ein Lied ist mir — in Erinnerung, dessen Refrain lautete:

Pakete gibt's so viele
Für die Offiziere,
Aber keine für mich;
Kohldampf fürchterlich!

Also der Hunger war die einzige Triebkraft, die als ständiges Erlebnis zum Liederdichten anreizte. — Auch die Nachkriegszeit mit ihren Wirren und Rößen zeigt den heftigen Zusammenbruch gerade im Liede. Anstatt unter Kampfesliedern aus der Zeit des Sozialistengesetzes zogen die Demonstrationen der Arbeiterschaft ohne Gesang dahin, ihren Ansichten in Hoch- und Niederrufen Ausdruck gebend. Vergessen waren durch die lange Kriegszeit alle die schönen Arbeiterlieder, die uns einst begeisterten und Erlebnisse aus dem Proletarierleben verkörperten. Wäre es da nicht angebracht, diese noch heute so aktuellen Lieder bei jeder Parteizusammenkunft, auch den Jahrlahenden, ins Gedächtnis zurückzurufen?

Sind die Volkslieder im Wandel der Zeiten zurückgedrängt, so ist doch ein Ersatz entstanden; aber wie die meisten Ersatzmittel ist auch dieser recht überflüssig. Es sind die sogenannten Gassenhauer. Als man noch so gemütlich auf der Pferdebahn saß, als man noch den „Pankower Flöder“ und „Die Rischen aus Nachbars Garten“ mit den Klängen des Leierkastens sang, war es ein harmloses Vergnügen. Jedoch die Operettendichter wußten sich dem veränderten Geschmack Kreuzreichs anzupassen, und der Gassenhauer wurde erotisch bis zur Verderbtheit. Wo aber frohe Menschen befehlen sind, wo ein Musikinstrument erklingt, wird dieses banale Zeug gefungen, trotzdem der Inhalt für die meisten Großstädter kein Erlebnis ist. Gedankenlos singt es auch die Arbeiterschaft mit. Abhilfe ist dringend notwendig und nur zu erreichen, wenn Volkslieder entstehen, die auch Erlebnisse behandeln, die dem Großstädter aus der Seele sprechen. Dann werden auch die Volksgenossen gern vom Gassenhauer zum Volkslied zurückkehren.

Ein ekstatisches Drama ohne Dramatik.

Die gestrige Uraufführung des Dramas „Tanja“ von Ernst Reich im Renaissance-Theater ist ein rätselhaftes Ereignis. Im Beginn des Stücks läßt lange qualvolle Minuten hindurch eine gefanglich unausgebildete Sängerin hinter der Szene ein schwermütiges Lied erklingen, während Tanja wortlos in einer Trube herumkrummt. Sodann ergibt sich, daß diese Tanja die Frucht einer Liebesnacht, den achtjährigen Jsa, mit übermenschlichen Kräften hat und ihn maßlos quält. Warum sie zu einer Rabenmutter geworden ist, ergibt sich leider nicht. Ihren damaligen Geliebten Wladimir, der im ersten Akt einen Generol tötet, um Millionen Menschen zu befreien, verrät sie gegen gutes Geld der Polizei, wird aber dann mit ihm zusammen selbst gefangen genommen. Diesen Wladimir, einen revolutionären Idealisten, raut sie im Gefängnis alle Ideale, indem sie ihm mit Wollust ihre schwarze Seele enthüllt, und er stirbt freiwillig, alles Selbstvertrauens bar, an Gift, das sie ihm freudlichst überreicht hat. Im nächsten Akt stürzt sich Tanja zum Erlöschen der übrigen Insassen aus dem Fenster eines Irrenhauses, in das man sie endlich gebracht hat. Das dramatische Moment des Stückes scheint an dem Verlöschen der Umwelt zu liegen, sie nicht schon vor dem ersten Akt in die Anstalt

gebracht zu haben. Als Refraktor entlockt dann eine Irrsinnige einer Rundharmonika wehmütige Töne. Tanja ist aber noch nicht tot, sondern wird auf ihrer Schmerzensbahn noch von einem Geistlichen eindringlich und vergeblich zur Buße aufgefordert. Endlich stirbt sie. Darauf standen die Zuschauer nachdenklich auf, um nach Hause zu gehen. In dessen hob sich der Vorhang noch einmal und die Bühne zeigte eine Vision der toten Tanja, der qualende Gefichter erschienen.

Wahrscheinlich stellt „Tanja“ die kommende Kunst des Dramas dar. Dann ist es dem Autor, dessen Name einen guten literarischen Klang besitzt, aber nicht gelungen, das Wesen dieser Kunst von morgen aufzuzeigen. Vorläufig sieht sie aus wie die Kunst von vorgestern. Tanja ist eine ekstatische Tragödie mit unzulänglichen dramatischen Mitteln. Eigentlich ist sie überhaupt kein Drama, sondern ein durch wenige Zwiesprache unterbrochener Monolog der Tanja, in dem Dramatik durch die schreihaften Äußerungen der Heldin vorgeführt wird.

Das Bestreben des Direktors Tagger, literarische Koll zu bieten, ist dankenswert. Wir wollen ihm bei der Auswahl seiner Stücke mehr Glück wünschen. Der künstlerische Wert darf nicht so tief verborgen bleiben, daß er nur ihm offenbar wird. Die Tanja spielte eine in Berlin noch nicht bekannte Schauspielerin Rachel Sangara. Für einen Theaterabend, den sie fast allein auszuführen hat, ist sie nicht die geeignete Künstlerin. Dagegen war Tanja Sandt als der kleine Jsa erschütternd in ihrer Schlichtheit und Einfachheit. Eindringlich und menschlich auch Rudolf Eisek als Wladimir.

Dgr.

Wie's gemacht wird. Die Agentur Arthur Hirsch versendet folgende Reklamenotiz an die Zeitungen: Max Reinhardt's Wunsch zur Eröffnung seines neuen Theaters am Kurfürstendamm ist: Michael Bohnen als „Falstaff“ für die Premiere und einige Gastspiele zu gewinnen. Max Reinhardt, der Gelegenheit hatte, Michael Bohnen in Amerika in seiner Vielseitigkeit zu bewundern, abgesehen von seiner unübersehbaren Stimme, glaubt dem amerikanischen Presseurteil beistimmen zu können, daß Michael Bohnen zurzeit einer der größten Darsteller ist. Direktor Rosen von den Reinhardt-Bühnen hat bereits mit dem Manager des Künstlers Arthur Hirsch, Fühlung genommen. Da die Honorarfrage absolut keine Rolle spielt und Reinhardt unbedingt mit Bohnen zusammenarbeiten möchte, so sind es andere Schwierigkeiten, die zuerst zu beseitigen sind, usw.

Run folgt eine Aufzählung all der Gastspiele, die Bohnen vor hat. Man sollte annehmen, daß ein Künstler wie Bohnen solche Anreize nicht nötig hat. Immerhin erfahren die Zeitungsleser einmal, wie's gemacht wird. Neugierig sind wir, wieviele Zeitungen diesen Unfug unterstützen werden.

Spielplanänderung. Infolge technischer Schwierigkeiten findet in der „Tribüne“ die Premiere „Der Galle des Bräuleins“, erst am Freitag statt.

Ein Preis, der sich nicht macht. Dem Theater in Gera wurde eine dramaturgische Abteilung angegliedert, der der Prinz Heinrich von Reuß vorsteht. Seit vielen Jahren beschäftigt sich der Erdring fast ausschließlich mit theatergeschichtlichen und dramaturgischen Dingen.

Keine deutschen Kohlenlieferungen!

Forderung der englischen Bergarbeiter-Verbände.

London, 27. August. (Gca.) Die Bergarbeitergewerkschaften Großbritanniens ergreifen ihrerseits Stellung gegen die deutschen Reparationslieferungen in Kohle und Koks, die Deutschland nach dem Londoner Abkommen während 35 Jahren leisten muß. Das Exekutiv-Komitee der Gewerkschaften hat keine Bemerkungen zu den Londoner Beschlüssen dem englischen Premierminister mitgeteilt, der sich damit einverstanden erklärte, die Delegierten der Gewerkschaften zu empfangen, und zwar noch vor seiner Abreise nach Genf.

Der Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaften Cook hat in einem Interview, das die hiesige englische Morgenpresse veröffentlicht, erklärt: Das internationale Bergarbeiter-Komitee hat einstimmig beschlossen, daß die zusammengeschlossenen Verbände bei ihren Regierungen Schritte unternehmen sollen, damit Deutschland keine weiteren Reparationslieferungen in Kohle ausführt. Das Exekutiv-Komitee der englischen Gewerkschaften ist überzeugt, daß die Anwendung des Dawes-Planes für die englische Kohlenindustrie verhängnisvoll sein wird und direkt in das Schicksal der Arbeiter eingreift. Wir sind fest entschlossen, zu verhindern, daß politische Zusammenhänge oder politische Forderungen die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter verschlechtern. Wir haben den englischen Premierminister gebeten, uns anzuhören, bevor wir irgendeine Aktion unternehmen. Wir wissen, was er uns über diesen Punkt zu sagen hat, aber wir weigern uns, weiterhin die Zukunft der englischen Kohlenindustrie durch die Infragestellung des Dawes-Planes verschlechtern zu lassen.

Ausnahmezustand in Petersburg.

Ein Bild aus dem Sowjetparadies.

Peter sburg (Leningrad), 27. August. (WIZ.) Der Kommandant des Handelshafens Leningrad hat über den Hafen wegen des schon einige Tage andauernden Generalstreiks der Hafenarbeiter den Ausnahmezustand verhängt. Der Grund des Streiks sind Lohnstreiks und Entlassungen von Arbeitern. Der Ausnahmezustand wird streng durchgeführt, die Hafenmacher haben Verstärkung erhalten. Unter Androhung des Waffengebrauchs ist jedes Betreten des Hafens ohne besondere Genehmigung verboten worden, ebenso jegliches Sprechen mit den Wachen, die Abhaltung von Versammlungen und alle Zusammenkünfte.

Interparlamentarische Konferenz.

Reparationsfrage und Sozialpolitik.

Bern, 27. August. (WIZ.) Nachdem in der gestrigen Reparationsdebatte der Interparlamentarischen Konferenz Baron Sjerengi-Lagari vom Standpunkt der Schuldstaaten aus referiert hatte, erhaltete unter dem Gesichtspunkte der Gläubigerstaaten Lord Rathoreedan-England Bericht, wobei er u. a. die Revision des Zoll-, Bahn- und Verkehrsnetzes für den wirtschaftlichen Wiederaufbau als notwendig bezeichnete. Den Höhepunkt der weiteren Debatte, in der Vertreter Bulgariens, Hollands und Italiens das Wort ergriffen, bildete eine Rede des früheren Staatssekretärs Dernburg, der darlegte, daß bis zum Dawes-Bericht die Reparationsfrage völlig mißverstanden worden war. Er bezeichnete es als größtes Verdienst des Dawes-Berichtes, daß er endlich die Wahrheit sagte, und rühmte dabei die bedeutende Rolle des englischen Ministerpräsidenten. Wenn Deutschland trotz der Schwierigkeiten, die bestehen blieben, das Londoner Abkommen annehme, gelte das, weil es das Schuldnerjoch einführe, weil der Zweifel daran, daß Deutschland seine Unterwürfigkeit einlöse, endlich aufhören müsse und weil das Abkommen die Interessen aller Länder mit der deutschen Zahlungsfähigkeit verknüpfe. Die Erfahrungen, die man mit dem Dawes-Plan machte, würden auch den anderen Schuldnerstaaten wie Frankreich und Italien zugute kommen.

In längerem Vorlesungen bearbeitete hierauf der Präsident der französischen Gruppe, Senator Merlin, das Vertrauensvotum der französischen Kammer für Herriot und stellte auch die Zustimmung des Senates zur Londoner Politik in Aussicht. Er verwies dann ausführlich auf die ungeheure Opfer, die der Krieg Frankreich aufzuerlegte, die Verwüstungen und die großen finanziellen Reparationsleistungen Frankreichs, betonte die Pflicht Deutschlands, durch Reparationserfüllung die Verschlingung zwischen den ehemaligen Feinden zu verwirklichen und dankte Dernburg und der deutschen Delegation für ihre Haltung.

Nach Abschluß der Debatte nahm die Konferenz eine Resolution an, die ihre Meinung über das Londoner Abkommen ausdrückt, das die Probleme von dem politischen auf das wirtschaftliche Gebiet übertrug, die Hoffnung äußert, daß die Durchführung von gleichen Geistes guten Willens getragen werde, und an ähnliche Anregungen der vorjährigen Interparlamentarischen Konferenz erinnert.

Nach der Berichterstattung von Merlin-Frankreich folgte die Konferenz eine ständige Kommission für sozialpolitische Fragen ein, der verschiedene Vorschläge über Ein- und Auswanderungsfragen überwiesen wurden. Dabei lenkte der deutsche Abgeordnete Wiedinger aus der Tschechoslowakei die Aufmerksamkeit der Konferenz auf das Schicksal der sogenannten Staatenlosen in den Nachfolgestaaten der österreich-ungarischen Monarchie. Die deutsche Reichstagsabgeordnete Frau Schröder (Soz.) sprach unter heftigem Beifall über die deutsche Not, die zahllose Deutsche zwingt, ihr Vaterland zu verlassen, und entwarf ein erschütterndes Bild vom Elend des jungen Nachwuchses und der deutschen Mütter. Nachdem sie der Schweiz, Dänemark, Österreich und den anderen Staaten Dank für die liebevolle Aufnahme deutscher Kinder ausgesprochen hatte, bat sie die anwesenden Parlamentarier, dafür Sorge zu tragen, daß das Londoner Abkommen in ausföndendem Sinne durchgeführt werde und nicht die Sozialpolitik und den Wirtschaftsentag in Deutschland gefährde. Die Sitzung schloß sich mit einer Rede des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas, der die Interparlamentarische Konferenz zu ihren Arbeiten auf sozialpolitischem Gebiete beglückwünschte und für gleiche und gerechte Arbeitsbedingungen in allen Ländern eintrat.

Mandatswechsel im Landtag. Der Landtagsabgeordnete Dr. Bendiner, der seinerzeit auf der sozialdemokratischen Liste gewählt war, dann aber aus der Partei und ihrer Fraktion ausgeschieden werden mußte, ist gestorben. An seine Stelle trat Genosse August Heilmann, Angestellter des Beschäftigtenverbandes und Stadtverordneter in Berlin, in den Landtag ein.

Rundgebungen des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“. Wie wir erfahren, findet am 6. und 7. September in Lübbenau eine große Rundgebung des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ statt, bei der Polizeioberst Schüßinger sprechen soll. An der Veranstaltung nehmen Abordnungen der märkischen Ortsgruppen teil. Am 14. September wird in Schneidemühl eine ähnliche Veranstaltung abgehalten werden, auf der General Deimling sprechen soll.

Pöbner hat den Vorfall im Landesverband des Böllischen Blocks niedergelegt. An seiner Stelle hat der Abg. Ehrhard den Vorfall übernommen. Pöbners Leiden soll sich in letzter Zeit wieder verschlimmert haben. — So werden die böllischen Blätter. Der Mut und der Ehrgeiz des Hochverraters Pöbner scheint immer kleiner zu werden, je näher die Zeit seines Strahlentritts rückt.

Besuch in Schönholz.

Wo Wald und Wiese einst nur Ruhe atmeten, wo die leidende Menschheit nach einem genau geregelten Stundenplan Vögeln ohne viel Bewegung durchführte und neue Widerstandskraft des Körpers erstrebte, da ist heute lachende, fröhliche Jugend eingezogen. Die ehemalige Wasserholungsstätte ist jetzt in eine Kindererholungsstätte umgewandelt worden, die dem Jugendamt des Verwaltungsbezirks Pantow untersteht. Auf dem 1,75 Hektar großen Waldgelände erheben sich zwei offene Liegehallen, ein Tagesaufenthaltsraum, drei Baracken, die dazu gehörige Küche und Spielgeräte, eine Wippe, ein Laufballen, Sprungständer usw. Im Jahre 1920 erfolgte zum erstenmal die Besichtigung der Erholungsstätte mit Kindern, und zwar bis zum Jahre 1922 durch die Bezirke Pantow und Reinsdorf gemeinsam. Im Jahre 1923 erwarb der Bezirk Pantow die gesamte bauliche Anlage vom Vaterländischen Frauenverein und übernahm gleichzeitig allein die Besichtigung und Bewirtschaftung der Erholungsstätte. Das Waldgelände befindet sich im Eigentum der Forstverwaltung der Stadt Berlin.

Inzwischen sind wir an den hohen Drahtzaun, der das ganze Gelände umzieht, gelangt. Ein freundliches Holzhäuschen mit offenem Balkon, von frischen Blumen farbenfroh belebt, begrüßt den Besucher unmittelbar am Eingang. Bereitwillig wird uns Einlaß geboten und im Nu sind wir von einer munteren Kinderschar umringt. Vorbei geht es an der Küche, in der drei dampfende Gasofenbrenner und ein großer Restaurationsherd den kommenden Festschmaus ahnen lassen. Feindliche Sauberkeit fällt überall auf. Ein Pfiff schreit über das Gelände: „Essen holen!“ und sofort beginnt ein regelrechtes Bettrennen: „Wer ist der Erste an der Kelle.“ In das Gedränge kommt bald Ordnung, und in zwei langen Reihen nehmen die Kinder aneinandergereiht Aufstellung, um ihre Mittagsmahlzeit in Empfang zu nehmen. Lauts „Hallo“ ertönt, als bekannt wird, daß der erste Besichtigung, die nach einem schwächlichen Aufenthalt am nächsten Tage den Platz räumen muß, als Abschließendes für jedes Kind eine Portion Schokolade, eine Boulette, reichlich Kartoffeln und zum Nachschick geformte Pfäffchen verabfolgt werden. Das Tagesmenü sah dann für den Nachmittagsloffe für jedes Kind eine Stolle und für den Abend zwei Brötchen und ein Paar Würstchen vor. Weiter verriet der Speisezettel, daß jedes Kind bereits früh mit einem halben Liter Kakao und einem Brötchen und um 11 Uhr vormittags mit einem Viertel Liter Frischmilch beköstigt worden war. Die Zahl der Jungen, die nochmals zum „zweiten Zug holen“ antraten, war nicht gering, und dann trat bei der allgemeinen Fütterung auch alsbald Ruhe für den Leiter ein.

Mit einem letzten Blick auf das schöne Bild der angrenzenden Siedlung schieden wir von der kleinen Schar mit der Erkenntnis: hier wird zwischen Vater und Kindern, zwischen Kind und Kind hoffentlich für recht lange Dauer ein treu-kameradschaftliches Band geknüpft.

Folgen einer Mondscheinfahrt.

Eine ausgeraubte Wohnung.

In einem Hause am Steinplatz waren die Wohnungsinhaber auf Reisen und hatten die Hausangehörige und den Hund zurückgelassen. Das Mädchen hatte Anweisung, den Hund zu bestimmten Zeiten spazieren zu führen. Auf einem solchen Wege wurde sie von einem elegant gekleideten Herrn angesprochen. Sie schloß rasch Bekanntschaft mit dem Kavaliere, und man verabredete eine Zusammenkunft am Sonntagabend um 8 Uhr, um gemeinsam eine Mondscheinfahrt zu unternehmen. Damit die Freundin des Mädchens ebenfalls passende Begleitung habe, versprach der neue Freund, einen Bekannten mitzubringen. Man traf sich, wie verabredet, und besuchte noch beider Mondscheinfahrt noch den Lunapark und einige Lokale. Hierbei zeigten sich die Kavaliere als Leute, bei denen Geld keine Rolle spielt. Schließlich landete die heitere Gesellschaft morgens 6 Uhr im Wartesaal des Bahnhofs Zoo. Die Herren ließen es sich nicht nehmen, ihren Damen noch eine Tasse Kaffee vorzusetzen. Als die beiden Mädchen dann gegen 8 Uhr in die ihrer Obhut anvertraute Wohnung zurückkehrten, fanden sie, daß der kostspielige Ausflug sich trotz alledem für die Kavaliere gelohnt hatte. Deren Spielzeug waren inzwischen an der Arbeit gemessen und hatten in einem vorgefundenen Rohrplattenkoffer das Tafelsilber und eine gesamte Wäschehaussteuer zusammengepackt und mit ihrer reichen Beute das Weite gesucht. Die Wäschestücke sind u. B. gezeichnet, das Silber trägt teilweise das Monogramm R. B. Auf die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Wertgegenstände ist in beiden Fällen eine Belohnung gesetzt. Mittelungen werden an Kriminalkommissar Gatzow erbeten.

Die Hege gegen die weltlichen Schulen.

Die Presse der rechtsstehenden Parteien läßt nichts unversucht, das Ansehen der weltlichen Schulen herabzusetzen. Jetzt bringt der deutschlandische „Koslanzeiger“ eine „Lebersicht über die Entwicklung der weltlichen Schulen in Groß-Berlin seit 1921“, mit der er zeigen will, daß die Beherrschung der weltlichen Schulen wenig taugt. Er erzählt, in Groß-Berlin habe es gegeben am 1. November 1921: 20 weltliche Schulen mit 288 Klassen, 12 186 Schülern, 141 Lehrern, 80 Lehrerinnen, 55 Lehrerinnen, 32 Lehrerinnen, aber am 1. November 1923: 38 weltliche Schulen mit 503 Klassen, 18 291 Schülern, 24 Lehrern, 171 Lehrerinnen, 83 Lehrerinnen, 85 Lehrerinnen. Dazu macht das Blatt folgende Bemerkungen: „Aufsfallend an der Lebersicht ist vor allem die Tatsache, daß die Zahl der festangestellten Lehrer und Lehrerinnen im Verhältnis zur Zahl der unterrichtenden Vertreter und Vertreterinnen stark abgenommen hat. Der Herr Unterrichtsminister, der seinerzeit bestimmt hatte, daß die Zahl der nicht festangestellten Lehrkräfte höchstens ein Drittel aller Lehrkräfte an diesen Schulen betragen sollte, wird ersäunt sein, zu sehen, wie wenig seinen Bestimmungen entsprochen worden ist. Die Zahl der Vertreter an weltlichen Schulen ist z. B. von 80 auf 174 gestiegen, während die Zahl der festangestellten Lehrer von 141 auf 24 gesunken ist.“

Von wo mag der „Koslanzeiger“ dieses „statistische Material“ bezogen haben? Aufgefallen ist ihm der vermeintliche Rückgang der Zahl festangestellter Lehrer von 141 auf 24, und in seinem blinden Eifer hat er dann hieran die oben wiedergegebenen Betrachungen geknüpft. Hätte er die ihm vorgelegten Zahlen nicht unbedenken hingegenommen, so hätte ihm sofort das auffallen müssen, daß nach diesen Angaben am 1. November 1921 in 288 Klassen 311 Lehrkräfte, aber am 1. November 1923 in 503 Klassen nur 353 Lehrkräfte tätig gewesen sein sollen. Der „Koslanzeiger“ ist das Opfer eines großen Irrtums geworden. Beinahe alle Zahlen, die er bringt, sind falsch. Vor allem gibt er für 1923 die Zahlen der Lehrer und Lehrerinnen zu niedrig, die der Vertreter und Vertreterinnen zu hoch an. In Wirklichkeit hatte Berlin, wie man uns mitteilt, am 1. November 1921: 20 weltliche Schulen mit 281 Klassen, 12 059 Schülern, 139 Lehrern, 66 Lehrerinnen, 56 Lehrerinnen, 29 Vertreterinnen, am 1. November 1923: 38 weltliche Schulen mit 510 Klassen, 18 464 Schülern, 244 Lehrern, 140 Lehrerinnen, 109 Vertreterinnen, 83 Vertreterinnen. Bei den Lehrern, auf deren angebliche Verminderung das deutschlandische Blatt mit so großer Betonung hinweist, ist der Fehler am größten. Ihre Zahl ist nicht „von 141 auf 24 gesunken“, sondern von 139 auf 244 gestiegen. Das Blatt könnte den Verfasser (24 statt 244) erklären. Die falsche Angabe „24 Lehrer“ findet sich zweimal und es wird dazu ausdrücklich hervorgehoben, die Lehrerzahl sei so weit „gesunken“.

Was wird der „Koslanzeiger“ jetzt tun? Wird er seinen Lesern gestehen, daß in den weltlichen Schulen Groß-Berlins am 1. November 1923 die Zahl der festangestellten Lehrer zehnmal so hoch war als die von ihm angegebene Zahl? Warten wir's ab!

„Wilhelma“.

Ein deutsches Sittenbild am Zoo.

Donnerstagsbräuen — teils aus biit- und bierdurftigen Kapiteln teils aus schmerzenden Militärerfahrungswunden und Pantalonumstoff das Ohr. Dazwischen klinge lieblich der Widerhall des allzuvielen Alkohols. Die alten Germanen lagen auf dem Bauche und tranken immer noch eins. Die Enten sind kultivierter geworden, sie sitzen um große Tische herum und reiben ihre Salamander. Unentweges Heilrufen zu Ehren ihrer Königin Ludenström und Gambinus tönt durch die Sale, Klatschen und Beifallsstürme schallen im Takt mit Händen und Füßen. Das ruiniert zwar einerseits den Fußboden, erhöht aber andererseits jeden Durst um ein Bißfisches.

Uniform ist das halbe Leben. Und so ist alles uniformiert oder deforziert. Seitdem Herr Gehler der Reichswehr verboten hat, in diesen Hallen ihre Kriegsrumpfen schmectern zu lassen, ist eine neue Kapelle in schönster Fantasieuniform bemüht, die Herzen der Besucher — teils durch Musik, teils durch die glitzernden Knöpfe — in patriotische Wallung zu bringen. Und so sitzen hier Männer, Frauen, Jünglinge und Jungfrauen, jungen Freiheitslieder, rächen sich am Erdbein und dokumentieren jeden Abend wieder Deutschlands Ehre. In langen Reihen sitzen die Helben und zeigen wie der Patriotismus aussieht, wie ebendem, als sie noch in den Reppelalen der Etappe und Heimat, meist aber auf den Schulbänken die eiserne Zeit durchlebten. Immer neue Reden werden gehalten, die Wände manken unter den wuchtigen Schritten der Hiltreepoluzer, denen das Hofenkreuz vom Heime in das Hirn gerührt ist. — Man sollte nur an Erwachsene Bier ausschütten, denn in den späteren Abendstunden sind all die schönen Uniformen in einem jämmerlichen Zustand, und die Ritter haben viel zu tun, um zur nächsten Parade den Hofen wieder ein männliches Aussehen zu geben.

Die Stimmung erreicht den Höhepunkt, wenn in einer Ecke der Jude, der meist nur Republikaner ist, verhaun wird. Da kommt wieder einmal der prima epte furor teutonicus zur Geltung, die deutsche Schlagkraft und der Summknüppel. Aus alkoholegeschwängerten Gehirnen löst die Polizeitunde noch einen letzten Fluß auf die Judenrepublik. Das Ganze heißt „Wilhelma“, vis à vis d' Zoologischen Gartens, mit dem es gelegentlich verwechselt wird.

Die große deutsche Funkausstellung.

Die Presseabteilung des Berliner Messe-Amtes teilt mit: Nachdem eine Reihe von Arbeitsstörungen die Vollendung des „Haus der Funk-Industrie“, das als Sätte für die erste Große Deutsche Funkausstellung zurzeit auf dem Ausstellungsgelände am Kaiserdamm im Aufbau begriffen ist, verzögert haben, ist nunmehr der Termin der Funkausstellung endgültig auf die Tage vom 4. bis 14. Dezember 1924 festgelegt worden. Für diesen Termin ist die völlige Fertigstellung der Halle gewährleistet und das zeitliche Zusammenfallen der Funkausstellung mit der ebenfalls auf Anfang Dezember vorgesehenen Automobilausstellung gesichert, das ja von vornherein vorgesehen war. Die endgültige Terminfestlegung ist im Einvernehmen mit der Radioindustrie geschehen, deren führende Firmen bereits ausnahmslos ihre Beteiligung an der Ausstellung zugesagt haben.

Der Gauvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold macht darauf aufmerksam, daß von ihm keine Sammellisten ausgegeben werden und er auch in Zukunft nicht daran denke, durch dergartige Sammlungen Gelder zu verschaffen. Sollten, wie das schon geschehen ist, Sammlungen vorgenommen werden, so wird um Feststellung der betreffenden Person gebeten.

Jugendweihen. Für den gesamten 18. Verwaltungsbezirk B e l l e n s e s findet die Jugendweihen am Sonntag, den 21. Sept., vorm. 10 Uhr, in der Gemeindehalle, Viktorstr. 23, statt. Der Vorbereitungsausschuss findet jeden Freitag nachm. von 4-8 Uhr in der weltlichen Schule, Wöhlstraße, durch den Schulleiter Gen. Jöbber statt. Alle weitere Auskunft erteilt Gen. Feint, Güldenstr. 7. — K o m m u n i k a t i o n e n. Der Jugendweihen am 28. September 24, vorm. 10 Uhr, Aula des Realgymnasiums. Anmeldungen zur Teilnahme am Vorbereitungsausschuss beim Gen. La Grange, Aliestr. 11. — K a u f s o r t. Die Jugendweihen findet am 28. September, mittags 11¹/₂ Uhr, im Zeichenaal der Schule Aliestr., statt. Anmeldungen nimmt noch entgegen Gen. Rejal, Franzstr. 4/5.

Die Zuckersabrik Otleben durch Feuer vernichtet. Ein Riesfeuer hat die große Zuckersabrik Otleben, Kreis Döberleben, vollständig vernichtet. Das Feuer brach in der Nacht zum Dienstag gegen 1 Uhr aus und brögte sich mit unglaublicher Schnelligkeit über die ganze Fabrik aus, die bis auf die Grundmauern niedergebrannt ist. Der Saft aus den großen Behältern steht in den Straßen des Dorfes. Zahlreiche Feuerwehren sind tätig. Das Feuer wütet noch weiter.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Bismich kühl, aberwiegend bewölkt mit etwas Regen.
Deutschland: Zunächst überall mäßig mit ungleichmäßig verteilten Regenfällen. Später im Westen etwas aufklarend.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Anndrit sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

127. Abt. Eberwiesenhäuser. Die Mitgliederversammlung findet nicht heute abend, sondern erst am Mittwoch, den 10. September, statt.

Sport.

V. Rhön-Segelflug-Wettbewerb.

Fliegerlager Wassertuppe, 26. August. 1. „Kolibri“ brauchte zur Fahrt nach Riffingen von der Rhön 21 Minuten 56 Sekunden, zum Rückflug 34 Minuten 23 Sekunden, verbrauchte 6,1 Liter Benzol des Benzolverbandes Bochum, legte Luftlinie zusammen 65 Kilometer zurück, was einem Betriebsstoffverbrauch von 1,80 W. entspricht. 2. Mariens Zeit auf „Windhund“ betrug 26 Minuten 14 Sekunden, Blumes Zeit auf „Habi“ 22 Minuten 22 Sekunden. 3. Den neuen Dauerrekord mit „Fuggast“ hält Otto auf „Margarethe“ mit 18 Minuten 44 Sekunden, 48 Meter hoch über dem Startpunkt. Die bisherige Höchstleistung war von Foster 1922 in 12 Minuten mit „Fuggast“.

Gutes Flugwetter hielt den Nachmittag über an, so daß wirklich zum ersten Male seit Mitte August „Flugbetrieb“ herrschte. Aus Riffingen trafen gegen 4 Uhr ein die Flugzeuge Udet (Rotor 55 PS), Albatrosspoppeldecker (75 PS) und ein Dietrich-Göbel (75 PS), Piroso II machte heute früh noch einen zweiten, am Nachmittag einen dritten kurzen Flug. G. Epenlaub flog mit seinem Segelflieger V. zum Streckflug und erreichte in circa 6 Minuten 4,5 Kilometer. Als 6. startete heute Knorke, der schnelle Führer vom Berliner Segelflugverein „Sperber“, mit seinem Kleinmotorflugzeuginbender und einem circa 8 PS zweijährigen Brüßing-Stenoren Rotor der Rotorenfabrik Dürr u. Stenide-Berlin von 19 Kilogramm Gewicht und 588 cc Hubvolumen. Er flog in wellenförmigen Linien, führte in circa 10 Meter Höhe ab, brach sich das rechte Bein. Der Apparat scheint aber stabilisiert zu sein. Als 7. startete Helmuth Hirtz jüngerer Bruder um 3 Uhr 30 Min. auch auf „Stocheln-Wien“ der Segelflugzugwerke G. m. b. H. Baden-Baden, 12,6 Meter Spannweite und 20 Quadratmeter Flügelinhalt, und machte einen langen circa 10 Minuten dauernden Flug. Gleich darauf startete W... auf Rorig zu einem glänzenden, weitführenden Flug.

Bewegung

Misstände im Berliner Wachswesen.

Nachdem die Berliner Wachsgesellen den Weg zur Organisation gefunden hatten, war es ihnen möglich, unter tariflichen Bedingungen zu arbeiten, die, gemessen an den Arbeitsbedingungen der sonstigen Gewerke, eine erhebliche Besserstellung bedeuteten. Auch die Lohnsätze wurden erhöht, reichen aber noch nicht aus, um eine Familie zu ernähren und alle notwendigen Anschaffungen zu machen. Nun macht sich auch bei den Unternehmern des Wachsgewerbes der Drang bemerkbar, langsam aber sicher den Abbau der tariflichen Vereinbarungen vorzunehmen. Obwohl die Unternehmer stets klagten, daß sie nichts verdienen, wird fast jede Woche eine neue Wachsgesellschaft gegründet.

Besonders in der letzten Zeit haben sich Gesellschaften gebildet, deren Inhaber sich manchmal von 6 bis 9 Deuten ernähren lassen. Daß bei diesen Gesellschaften an Inhaberschaft von Tarifverträgen, obwohl allgemein verbindlich, nicht gedacht wird, nur nebenbei. Hier haben aber die Wächter selbst schau, die sich weder um ihre Organisation kümmern, noch das Recht des Tarifes in Anspruch nehmen.

Eine ganz eigenartige Haltung aber nimmt ein Teil der Reichsbehörden ein, die Bewachungen zu vergeben haben. Das Reichswehrkommando II z. B. vergibt die Bewachungen im Submissionsverfahren. Also nicht die beste, sondern die billigste Gesellschaft, die sich nicht nach dem Tarif richtet, bekommt die Bewachung. Während die Reichsarbeitsverwaltung als Reichsbehörde die Tarife für allgemein verbindlich erklärt, kümmert sich eine andere Reichsbehörde, das Wehrtrikominando, nicht darum, trotzdem sie von der Arbeitnehmerorganisation darauf aufmerksam gemacht wurde. Daß es Berliner Wachsgesellschaften, die unter tariflichen Bedingungen fast ausnahmslos ausgeübt und ausgebildet Personal beschäftigen, nicht so billige Preise haben können, als wie neu gegründete, tariflos arbeitende Unternehmen, liegt klar auf der Hand.

Bedenklich ist, daß es immer noch Leute gibt, die sich von einzelnen Unternehmern wie Schafe scheeren lassen. Solche Leute aufzufahren und sie ihrer Organisation, dem Deutschen Verkehrsband, zuzuführen, ist zwar Aufgabe der organisierten Wächter, aber auch, soweit es möglich, der Betriebsräte, deren Betriebe von Wirtelgesellschaften besetzt werden.

Die Misstände zu bekämpfen, deren es noch ungeheuer viele im Berliner Wachswesen gibt, ist Sache der Organisation, die aber nur dann wirksam eingreifen kann, wenn die Wachsgesellen geschlossen hinter ihrem Verband stehen.

Die Werkmeister zu dem Untertanen.

Am Sonntag hatte der Bezirk X des Deutschen Werkmeisterverbandes (Groß-Berlin und Provinz Brandenburg) die Vorstände seiner 78 Ortsvereine mit insgesamt 16.000 Mitglieder zu einer kombinierten Vorstandssitzung eingeladen. Zunächst wurde Bericht erstattet über den Abschiedsbesuch in Würzburg, der sich einstimmig auf den Boden der freigewerkschaftlichen Angelegenheiten gestellt hat. Hierauf wurden die Ausrichtungen des Dames-Guteschens auf die Arbeitnehmer eingehend besprochen. Im Einverständnis mit den Ausführenden des Referenten, Kollegen Rothe, des Leiters der Geschäftsstelle Berlin, wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, wonach der Bezirk X des Deutschen Werkmeisterverbandes keinen anderen Weg sieht als den der Zustimmung zu den Londoner Abmachungen, jedoch unter allen Umständen fordert, daß die Verteilung der Löhne in gerechter Weise erfolgt, daß insbesondere der Besitz noch keinem Einkommen entsprechend herangezogen wird.

Die Berliner Buchdrucker zum Schiedsprotokoll.

Die gestrige Generalversammlung der Berliner Buchdrucker befaßte sich zunächst mit dem Verlauf der letzten Lohnverhandlungen, worüber der Gewerkschaftsleiter Braun referierte. Die Verhandlungen scheiterten bekanntlich an der Hartnäckigkeit der Unternehmer. Durch strikte Ablehnung der berechtigten Gehaltsforderungen und durch den Antrag, das jetzige minimale Lohnabkommen bis zum 31. Januar nächsten Jahres zu verlängern, ließen die Unternehmer jedes Verständnis für die Lage der Arbeitnehmer vermissen. Die Unternehmer setzten sogar alles daran, die Sonderzulage für die besetzten Gebiete schon jetzt völlig abzubauen. Bei den letzten Lohnverhandlungen im Mai sei schon in weiser Voraussicht der wirtschaftlichen Verhältnisse eine allgemeine „Zulage“ gewährt worden. Es kam zu dem Schiedsprotokoll des Reichsarbeitsministeriums, wonach das hohe Lohnabkommen bis zum 3. Oktober aufrechterhalten bleibt. Die Sonderzulage für die besetzten Gebiete erfährt einen allmählichen Abbau, bis sie am 22. November gänzlich in Fortfall kommt. Nach Ermägung aller Möglichkeiten eines besseren Lohnabchlusses sei der Schiedsprotokoll von den Arbeitnehmervertretern unter Protest anerkannt worden. Die Versammlung nahm nach einmütiger Beratung des Schiedsprotokoll die nachfolgende Entschließung des Gewerkschaftes gegen wenige Stimmen an:

Die Generalversammlung des Vereines Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer protestiert entschieden gegen das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen, das durch die Einseitigkeit der Unternehmer von den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer nicht im mindesten entgegenkommt. Die Versammlung verurteilt aufs Schärfste, daß durch den Schiedsprotokoll des Schlichters in keiner Weise die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer berücksichtigt wurde und erwarben von der bevorstehenden Generalversammlung in Hamburg, daß sie Mittel und Wege findet, die Arbeitnehmerchaft im Buchdruck-

gewerbe in Zukunft vor derartigen Resultaten der Lohnverhandlungen zu bewahren.

Der von der letzten Generalversammlung wegen Täuschlichkeiten gegen den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Buchdrucker, Friedler, ausgeschlossene Kommunist Engelmeier hat um seine Wiederannahme in den Verband ersucht. Da Engelmeier seine Handlungsmittel schriftlich als eine in nervöser Erregung begangene Dummheit bedauert hat, beschloß die Versammlung, die Wiederannahme zuzulassen. Hochbedauerlich war hierfür auch die Rücksichtnahme auf den Gesundheitszustand Engelmeiers und auf seine 25jährige Organisationszugehörigkeit.

Die Lohnverhandlungen der Diensten ge scheitert.

Die in Nr. 401 des „Vorwärts“ erwähnten Lohnverhandlungen sind gescheitert. Die Arbeitgeber lehnten es nach längerer Debatte ab, über den Schiedsprotokoll des Schlichtungsausschusses mit 1 M. Stundenlohn hinauszugehen und erklärten, die Verbindlichkeitserklärung zu beantragen.

Bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss wurde festgestellt, daß eine große Anzahl von Akkordarbeitern (neue Arbeiten auf Bauten) zurzeit im Lohn bei Reparaturen beschäftigt sind. Der Friedensverdienst des Akkordarbeiters war bedeutend höher wie der des Reparaturarbeiters. In der Begründung des Schiedsprotokoll, den Stundenlohn auf 1 M. festzusetzen, erklärte der unparteiische Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Henkel, ausdrücklich, daß der Stundenlohn von 1 M. der Mindestlohn sei und die Akkordarbeiter, die zurzeit auf Stundenlohn beschäftigt sind, berechtigt seien, einen höheren Stundenlohn zu fordern. Aber es sei Sache der betreffenden Arbeiter, einen höheren Stundenlohn mit ihrem Arbeitgeber zu vereinbaren.

Die Fachgruppenleitung der Köpfer im Deutschen Bauergewerksbund fordert auf Grund dieser Begründung alle Diensten auf, mit ihren Arbeitgebern wegen höherer Löhne in Verhandlung zu treten, und noch im Laufe dieser Woche der Fachgruppenleitung über das Resultat dieser Verhandlungen Bericht zu geben.

Das Scheitern der fröhlichen Verhandlungen hat mit dem Bezirksakkordtarif nichts zu tun. Der Bezirksakkord tritt mit dem 1. September in Kraft. Vertrauensleute größerer Firmen können vor Drucklegung des Tarifes Abzugsgespinnste im Bureau des Deutschen Bauergewerksbundes erhalten.

Die Bauarbeiterausperrung in Rheinland-Westfalen.

Die Einigungsverhandlungen am Dienstag sind wiederum am dem Verhalten der Unternehmer gescheitert. Insbesondere die ungelerneten Arbeiter sollen im Lohn gedrückt werden. — Wäre der Schiedsprotokoll für verbindlich erklärt worden, würde die Aktion der Unternehmer längst zu Ende sein.

Es wird stillgelegt.

Wie aus Köln gemeldet wird, hat die Bergbau A.-G. Lothringen in dem Bezirk Blankenburg große Arbeiterentlassungen vorgenommen. — So mancher verlassene Betrieb müßte stillgelegt werden, doch müßte zuvor dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter dieser Betriebe andere Arbeit bekommen.

Zur internationalen Einheitsfront.

In der Lebensmittel-Internationale war die Einheitsfront hergestellt durch den im vorigen Jahre in Brüssel mit 22 gegen 20 Stimmen gefassten Beschluß, den russischen Lebensmittelarbeiterverband aufzunehmen. Dieser Beschluß führte zum Austritt der holländischen Arbeiterorganisation. Die Aufnahme der russischen Organisation war von der Bedingung abhängig gemacht, keine Vereinigung von Verbänden innerhalb der Union zum Zwecke der Zerstückelung der Union und keine Nebenzentralen zu bilden. Das Internationale Mittelungsblatt wurde als das offizielle Organ der Union bezeichnet. Der Vorstand hatte als genauere Fassung vorgeschlagen, daß die Herausgabe einer eigenen Zeitung als Versicherung der Unionstatuten zu behandeln sei. Der nach dem Brüsseler internationalen Kongress folgende Kongress des russischen Lebensmittelarbeiterverbandes beschloß denn auch, aus der Moskauer internationalen Propagandakommission auszutreten und das Erscheinen des „Roten Lebensmittelarbeiters“ einzustellen.

Der „Rote Lebensmittelarbeiter“ wurde jedoch von der IPR unter einem anderen Titel weiter herausgegeben. Auf Vorhalt der Exekutive der Lebensmittelarbeiterinternationalen erklärte der Vorstand des russischen Lebensmittelarbeiterverbandes, da er der IPR nicht mehr angehöre, könne er gegen die Herausgabe des Blattes nichts unternehmen. Die Herausgabe könne nur dann verhindert werden, wenn die Union sich entschliesse, alle revolutionären Lebensmittelarbeiterverbände aufzunehmen.

Wie der IPR berichtet, hat sich daraus folgende Situation für den internationalen Sekretär ergeben:

„Der Kongress in Brüssel stellte sich auf den Standpunkt, daß die Herausgabe einer internationalen Zeitung einer Stimmenverteilung gleichkomme. Der russische Lebensmittelarbeiterverband, der gleichzeitig Mitglied der IPR ist, lehnt es ab, sich für die Unterbindung der Herausgabe zu verwenden, trotzdem das für ihn bei den bekannten Zusammenhängen der Interessen der russischen Bewegung leicht wäre. Das Verhalten des Vorstandes des russischen Verbandes überbindet dem Vorstand der Internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebensmittel- und Genussmittelindustrie die Aufgabe, zu prüfen, ob der Verband weiter Mitglied der Union bleiben kann.“

Die Probe auf das Exempel der internationalen Einheitsfront, die die Internationale der Lebensmittelarbeiter gemacht hat, ermutigt kaum zur Nachahmung.

Faschismus und Gewerkschaften.

In Italien hat sich wieder eine freigewerkschaftliche Organisation der Metallarbeiter gebildet. Sie gibt ein Monatsblatt heraus, von dem die „Metallarbeiterzeitung“ sagt:

„In einem eindrucksvollen Manifest wendet sich der neue Verbandsvorstand (Comitato Centrale) an die Kollegen, sie aufzufordern, ihre Zughastigkeit abzulegen und sich den Organisationen wieder anzuschließen. Auch sonst ist die neue Zeitung, die so groß ist wie die „RZ“, reich an trefflichen Aufsätzen. Die in früherer Zeit beliebte überschwellige Sprache ist, gottlob, nicht zu finden, sondern die Verhältnisse und Aufgaben werden in klarer Sachlichkeit und darum sehr wirksam auseinandergesetzt.“

Besonders bemerkenswert ist in dem Blatte — „Il Metallurgico“ — ein Bericht der Turiner Gruppe des Verbandes, der besagt:

„Die Verhältnisse wenden sich zum Besseren. Unsere Verwaltungsstelle ist mit der Masse in Fühlung gekommen. In den meisten Unternehmungen haben sich Gruppen gebildet. In allen wichtigen Betrieben erfolgten bei den Wahlen für die Arbeiterauschüsse die meisten Stimmen auf unsere Kollegen, nämlich:

Metallarbeiter-Verband	Stimmen	Faschisten	Stimmen
Fiat Metallindustrie	840	130	
Villaperosa Werkstätten	418	91	
Fiat, Mechanik	3985	780	
Fiat, Wagenbau	1476	371	
Fiat, Zentrale	400	128	
Ansaldo Bomilio	468	68	
Industriegeräte	151	—	
Bedarida	99	84	
Moncenisio	164	—	
Zusammen	8060 = 81 v. H.	1500 = 15 v. H.	

Man bemerkt daher die Anstrengungen des Faschismus, wie sie sich bei Unterdrückung des Streiks der Bergarbeiter zeigen, die Arbeiterschaft auf seine Seite zu bekommen. Es wird ihm nicht gelingen.

SPD-Fraktion der Bekleidungsarbeiter. Betriebsrat, Vertrauensleute, Delegierte, Wägen, Donnerstag, 23. August, Nordwärtsaktion. Die dort bestimmten Genossen müssen die Exemplare bis 8 Uhr früh aus den Bordlinien abgeholt haben. Der Fraktionsvorsitzende.

Generalmehr Groß-Berlin. Donnerstag, 23. August, Nordwärtsaktion. Die dort bestimmten Genossen müssen die Exemplare bis 8 Uhr früh aus den Bordlinien abgeholt haben. Der Fraktionsvorsitzende.

Wirtschaft

Bankenwucher.

Folgendes Beispiel kennzeichnet den Wucher, den die Banken in der Zeit der Kreditknappheit treiben:

Ein armer Teufel im besetzten Gebiet verlor sein Hab und Gut während des passiven Widerstandes; bis dahin war er noch glücklicher Kontoinhaber beim Schöffhausischen Bankverein A.-G. Ende Dezember 1923 einnahm er von dieser Bank einen Kredit von 107 M., Anfang Januar 1924 M. Dafür muß er selbstverständlich Zinsen zahlen. Seine Rechnung sieht so aus:

	So II	1923
Dezember 1923: Vortrag	107,—	107,—
Januar 1924	100,—	100,—
Kreditprov. Dezember	8,90	8,90
Januar	92,—	92,—
Februar	22,—	22,—
Zusammen	299,90	299,90

Er erhält den halbjährlichen Abschluß und soll für 207 M. 92,90 M. Zinsen bezahlen, das sind 45 Proz.

Gibt es gegen einen derartigen Wucher keine gesetzlichen Fonds? Warum wird nicht in solchen Fällen die Kartellverordnung angewandt?

Wieder Genossenschaftlichkeit in Russland. Das Land der von den Kommunisten so viel gepriesenen bolschewistischen „Freiheit“ verbot bisher den Zusammenschluß seiner Staatsbürger zu Genossenschaften. Die Zwangsgenossenschaften galten als das einzig Wahre. Diese Auffassung ist von den Genossenschaften anderer Länder entschieden bekämpft worden. Jetzt scheint man auch in Russland einzusehen, daß sie unhaltbar ist. Die Zentralauswahlschuss der Sowjetrepublik hat jetzt allen Bürgern, die in der Landwirtschaft und den mit ihr verknüpften Industrien tätig sind und das Wahlrecht besitzen, das Recht erteilt, aus eigenem Antriebe Genossenschaftsverbände, Vereine, Artels, Kommunen usw. zu bilden. Nach der Oktoberrevolution waren feinerzeit alle privaten Genossenschaften, Vereine usw. aufgelöst und durch ein besonderes Dekret ein staatliches der Sowjetregierung unterstehendes Genossenschaftssystem, die sogenannte Sowjetkooperation geschaffen worden. Die jetzt getroffene Maßnahme bedeutet demnach eine Wiederrückkehr dieses Systems zugunsten der Landwirtschaft.

Polens Getreideaufuhr eingestellt. Eine polnische Ministerkonferenz hat beschlossen, jede Ausfuhr von Getreide aus Polen vorläufig zu verbieten. Der Grund für diese Maßnahme ist in der Erkenntnis zu sehen, daß nach den Ausfuhrergebnissen noch weit früher erreicht, als befürchtet worden war.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Eckstein; Kultur: R. A. Eißler; Politik und Sonstiges: Fritz Kerschke; Anzeigen: H. Grotz; Literatur in Berlin, Berlin: Verlags-Druck G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Carl Singer u. Co., Berlin SW. 61, Lindenstraße 2.

BAUHÜTTE BERLIN

Soz. Baugesellschaft m. b. H.
Gemeinwirtschaftliche Bauunternehmung

Ausführung von
Bauarbeiten
aller Art

Abtlg. für Hochbau	Abtlg. für Entwurf
Tiefbau	Architektur
Eisenbetonbau	Konstruktion
Zimmerer	Statik
Dachdeckungen	Bauberatung

Umbauten u. Reparaturen
Willen und Landhausbau
Industriebau
übernahme ganzer
Bauprojekte
Schlüsselfertige
Herstellung
ganzer Siedlungen

Bureau: Berlin W., Genhiner Str. 34
Telephon: Kurfürst 9350-51, 8868

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1108
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Aroma-Essenzen



für Speise-Eis-Bereitung
Otto Reichel, FA. Mpl. 4751, Eisenbahnstr. 4, Auch in Drogerien bestellbar.

Hosen

Jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herrn- und Knaben-Anzüge, Hosenträger, Stutzen sehr preisw.
Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rügener Str. 28 (nahe Gosensdr.)
Blauer Laden - Fahrgeldvergüt.

Globus-Transportgeräte-Fabrik Berlin S.14.

Dresdenerstr. 55
liefert
Wagen,
Karren,
Räder.

Sternzwirne, reine Twiit

Sofortige, Gummiband, Kamm, Gestel u. f. Strickwaren, weit unter Tagespreis
Gänzlich, Deutsche 15. Wierstr 2009

Adolf Hoffmann Episoden und Zwischenrufe

aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark, Porto 5 Pfennig.
zu beziehen durch
H. Hoffmann,
Berlin O. 17, Reppente, 6, II.
Postfach 130 541.

Besonders billigt

SOEBEN BRSCHIENEN



UNENTBEHRLICH FÜR JEDEN FUNKTIONÄR

PROTOKOLL DES PARTEITAGES BERLIN 1924

Broschiert 2.50 Mark • Gebunden 3.50 Mark

Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW., Lindenstraße 2, Laden